

RATHAUSREPORT

Abfahrt wieder öffnen

LINKE verschaffte den Anwohnern vom Zentrum Ost Gehör



Es war wenig verwunderlich, dass die per Antrag der LINKEN einberufene Einwohnerversammlung im Zentrum Ost so gut besucht war. Von einem Tag auf den anderen, ohne Vorwarnung, hatte die Stadt plötzlich die Ab- und Auffahrt der Nuthestraße ins Zentrum Ost gesperrt und damit nicht nur für Verwunderung, Ärger und Unverständnis, sondern auch für große Umwege für Bewohner, für neue Verkehrs- und Parkprobleme im Wohngebiet gesorgt. DIE LINKE hatte den Unmut der Betroffenen sofort aufgegriffen, nachgefragt und einen Antrag für die Wiederöffnung der Abfahrt und für eine Anwohnerversammlung gestellt, was auch beschlossen wurde. Die Einwohnerversammlung hat am 22. April stattgefunden, mit der Wiederöffnung der Auf- und Abfahrt hingegen ist kurzfristig allerdings nicht zu rechnen.

Denn so einfach wie die Schließung sei die Öffnung einer Abfahrt nicht zu bewerkstelligen. So jedenfalls das Fazit aus der Einwohnerversammlung, in der Vertreter der Stadt erläuterten, dass die Anwohner schon 2005 im Zusammenhang mit der Sanierung der Schnellstraße und

der Verlegung der Straßenbahntrasse über die Rückbaumaßnahmen im Interesse der Verkehrssicherheit informiert worden waren.

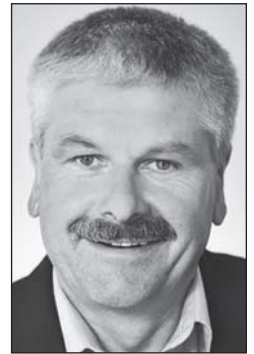
Die Einrichtung von „Runden Tischen“, bei denen die aktuellen Probleme mit den Einwohnern erörtert wurden, war mit den Jahren nach und nach eingeschlafen, so dass die Unterbindung der Abfahrt als einer der abschließenden Schritte zur Beendigung der Gesamtmaßnahme für die Anlieger überraschend kam.

Aus der massiven, einmütigen Forderung der Einwohner nach Wiederöffnung leitete der Fachbereichsleiter Grün- und Verkehrsflächen, Norbert Praetzel, ab, dass ein neues Antragsverfahren eingeleitet werden muss, da es sich bei der Schnellstraße um eine Landesstraße handelt. Das würde bis zu zwei Jahre dauern. Ein Beschlusses der Stadtverordneten bedürfte dieser Antrag nicht, erfuhr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg auf Nachfrage. Obwohl alle der rund 90 Anwesenden die Wiederöffnung der Ab- und Zufahrt gefordert haben, prüft die Veraltung jetzt erst einmal, ob dem entsprochen werden kann.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, im Herbst 2010 nach seiner Wiederwahl erklärte Oberbürgermeister Jakobs den Ausbau von Bürgerbeteiligung zum wichtigsten Ziel dieser Wahlperiode.

Das hat er offensichtlich vergessen. Nachdem er im März mit breitem Grinsen gegen eine Bürgerbefragung zum Abriss des Hotels „Mercure“ gesprochen und gestimmt hatte,



wandte er sich jetzt gegen den Antrag der Linken für eine Einwohnerversammlung zum Leitbautenkonzept für die Blöcke 3 und 4 der Potsdamer Mitte. In beiden Fällen handelt es sich um heftig umstrittene und diskutierte Vorhaben, die Gegenstand des laufenden Bürgerbegehrens sind. Herr Jakobs schreckte selbst nicht davor zurück, den Antrag von 32 Einwohnern der neun Häuser der Straße Am Alten Markt auf Durchführung einer solchen Einwohnerversammlung zu ignorieren. Dabei sieht die Hauptsatzung der Stadt Potsdam vor, dass eine Einwohnerversammlung durchzuführen ist, wenn das mindestens drei Prozent der Einwohner in einem Stadtgebiet, in diesem Fall die unmittelbaren Anwohner des Alten Marktes, fordern. Es besteht kein Zweifel daran, dass dieses Quorum erfüllt ist, denn 32 Unterschriften repräsentieren mehr als 1000 Einwohner. Nicht breite Bürgerbeteiligung zur Gestaltung der Potsdamer Mitte, sondern Durchpeitschen des Leitbautenkonzepts zur Verhinderung des Bürgerbegehrens – darum ging es offensichtlich dem Oberbürgermeister und seiner Rathauskooperation. Wir werden uns dieses skandalöse, abgehobene Vorgehen nicht gefallen lassen.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Mut zur ehrlichen Bürgerbeteiligung!

Potsdam wirbt oft mit Bürgerbeteiligung. Wenn jedoch die diskutierte Bürgermeinung von den Positionen der Rathauskooperation abweicht, dann verlässt diese Politiker der Mut zur Befragung der Bürger! Dabei ist es

egal, ob es um die Bewältigung des Straßenverkehrs in der wachsenden Stadt und eine dritte Brücke geht, oder um Potsdams Mitte. Kluge Köpfe haben längst erkannt, dass das „Mercure“ zwecks Abriss nicht zu haben ist. Ich kenne auch keine Bürger der Stadt, die an genau der Stelle des Hotels neben der großen Straßenkreuzung eine „Wiese des Volkes“ vermissen!

Das hindert Jann Jakobs aber nicht, an dieser Vision trotzig festzuhalten! Tausende Potsdamer fordern den Erhalt des FH-Gebäudes. Die Mehrheit der SVV zog es vor, schnell das Blockkonzept mit Abriss der FH zu beschließen, bevor die von uns beantragte öffentliche Versammlung stattgefunden hat und bevor das Ergebnis des Bürgerbegehrens vorliegt.

Wir fordern Bürgerbeteiligung nicht als Alibi, sondern als ehrliche Wahrnehmung der Interessen der Bürgerschaft. Aus diesem Grund habe ich auch Vorschläge zur Sanierung der Kastanienallee mit Erhalt der Kastanien unterbreitet, deren Prüfung gestern beschlossen wurde. Mein Vorschlag zur Untersuchung besserer Varianten zur Schopenhauerstraße befindet sich noch in der Beratung. Ich streite generell um Lösungen, die den Interessen und dem Vorteil vieler Einwohner gerecht werden.

Ralf Jäkel
Vorsitzender des SBV-Ausschusses



Rad- und Fußweg Zentrum Ost

Ein offensichtlicher Rad- und Fußweg entlang der Nuthe sorgt für Verwirrung der Anlieger, stellte André Noack fest. Warum ist der Weg noch abgesperrt, wollte er von der Verwaltung wissen.

Andreas Goetzmann erläuterte, dass es sich um den begonnenen Fußweg entlang der Nuthe bis zum Nuthepark handele. Dieser sei Bestandteil des B-Planes für den Bau des ILB-Gebäudes und werde mit dem gesamten Bauvorhaben abgeschlossen.

Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde

Nachdem es die grundsätzliche Einigung zum Standort des russisch-orthodoxen Gemeindezentrums auf dem Kapellenberg gegeben hat, fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, wie der Stand der Vorbereitungen ist.

Andreas Goetzmann erklärte, dass zu Beginn dieses Jahres das Wettbewerbsverfahren erfolgreich abgeschlossen worden und eine Vorbesprechung mit den Planern erfolgt ist. Einen Bauantrag gebe es noch nicht, die Verwaltung schaffe aber von ihrer Seite die Voraussetzungen für eine zügige Bearbeitung. Auf die Nachfrage von Scharfenberg, wie diese aussehen könnten, verwies Goetzmann auf noch zu regelnde Grundstücksfragen im Plangebiet und die Möglichkeit einer Antragskonferenz, mit der das Verfahren beschleunigt werden könnte.

Einengung der Zeppelinstraße

Nachdem der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Streichung des Modellversuches zur Einengung der Zeppelinstraße abgelehnt worden ist, fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg nach dem Stand der Abstimmungen mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Andreas Goetzmann verwies auf das bereits am 23. März im Bauausschuss vorgestellte und mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark abgestimmte Maßnahmenpaket. Noch keine Einigung gebe es mit dem Nachbarkreis

über die Finanzierung des zusätzlichen Busverkehrs Richtung Geltow. Die derzeitigen Maßnahmen seien mit Potsdam-Mittelmark abgestimmt, sagte er auf die Nachfrage von Scharfenberg. Die Einengung der Fahrspuren sei Bestandteil des Konzeptes, aber nur mit Veränderungen der Spursituation insgesamt denkbar, über die es, wie beschrieben, bisher keine Einigung gebe. In diesem Jahr werde nicht mehr mit dem Modellversuch gerechnet.

Nachzahlungen bei der Feuerwehr

Sascha Krämer fragte die Verwaltung nach dem weiteren Vorgehen bei der Klärung der Überstunden-Nachzahlung bei der Berufsfeuerwehr.

Elona Müller-Preinesberger erläuterte, dass mit den unterschiedlichen Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes Potsdam und des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg die Stadt um eine eindeutige Rechtsauslegung bemüht ist. So wurde gegen die höchstinstanzliche Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes zugunsten der Feuerwehrleute Klage gegen die Nichtanfechtungsmöglichkeit eingereicht, über die noch nicht entschieden ist. Sollte es bei der Entscheidung bleiben, werde die Stadt nicht nur den klagenden Mitarbeitenden der Feuerwehr, sondern allen betroffenen Feuerwehrleuten das Überstundengeld nachzahlen. Dafür habe die Stadt bereits eine siebenstellige Summe in der Rücklage gebildet.

Café im Park

Eine Jury wollte bis Ende April über den Betreiber des „Café im Park“ in der Gartenstadt entscheiden.

Zu welcher Entscheidung die Jury gekommen ist, fragte Jana Schulze die Verwaltung.

Andreas Goetzmann berichtete, dass sich die Jury für die DRK Behindertenwerkstatt entschieden habe. Jetzt seien die Formalitäten zur Übertragung des Grundstückes abzuarbeiten.

Abgelehnt

Bürokratie abbauen

Die Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ist bundesweit und auch aktuell in Potsdam kritisiert worden, weil Anspruchsberechtigte zum großen Teil mit der Antragstellung überfordert sind. Jana Schulze hatte den Antrag der LINKEN begründet, die bestehenden bürokratischen Hürden abzubauen und die Antragsteller mit der

Einrichtung einer Anlaufstelle auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Im Sozialausschuss ist mittlerweile die Notwendigkeit dieses Antrages in Frage gestellt worden. Jana Schulze appellierte erneut an die Stadtverordneten, hier gehe es um soziale Gerechtigkeit, die für die Bedürftigen auch schnell und unkompliziert zugänglich sein muss.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Angst vor den Bürgern

Einwohnerversammlung vor Leitbauten-Beschluss abgelehnt

Die LINKE hat ihren Antrag zurückgezogen: Es war sinnlos geworden, eine Einwohnerversammlung vor der Beschlussfassung über die Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes zu fordern, wenn eben dieses gerade beschlossen worden war. Obwohl der Ältestenrat am Abend zuvor logisch entschieden und der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen hatte, den Antrag der LINKEN vor dem Tagesordnungspunkt des Leitbautenkonzeptes zu behandeln. Aber das sollte auf Antrag der SPD, unterstützt von der Rathauskooperation, nicht so sein: Einen ausdrücklichen Beschluss über die Einberufung einer Einwohnerversammlung vor der Entscheidung über das Leitbautenkonzept abzulehnen, wäre für die Rathauskooperation noch entlarvender gewesen als beides im Zusammenhang zu behandeln. Denn die Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes war ja schon im

Mai mit dem Ergänzungsantrag der LINKEN versehen worden, vor der Beschlussfassung eine Einwohnerversammlung durchzuführen. Und es gebe eigentlich keine Eile, meinte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, es sei denn, man hat Angst vor der Bürgerbefragung, die bereits über 14000 Unterschriften erreicht hat. Vor vier Wochen war der Antrag in die SVV eingebracht worden, hatte seitdem acht Ausschüsse passiert – warum werde „im Schweinsgalopp“ eine Entscheidung von derartiger Bedeutung forciert, anstatt die Potsdamer in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, fragte Scharfenberg und verwies zusätzlich auf einen Antrag von Bewohnern des Alten Marktes, die in diesem Zusammenhang eine Einwohnerversammlung fordern. „Dieses Instrument der Bürgerbeteiligung haben wir uns selbst in der Hauptsatzung gegeben“, sagte er, bei einem Quorum von 3 Prozent

der Betroffenen müsse die Einwohnerversammlung durchgeführt werden. Das allerdings bezweifelt die Verwaltung und legt die in der Hauptsatzung nicht weiter konkretisierten 3 Prozent auf die Einwohner der ganzen Stadt Potsdam aus und nicht auf die direkten Anlieger des mit dem Leitbautenkonzept in Rede stehenden Areals. Diese Auslegung sei von der Rechtsabteilung geprüft, antwortete der Oberbürgermeister. Die LINKE behalte sich rechtliche Schritte wegen Verstoßes gegen die Hauptsatzung vor, kommentierte Dr. Sigrid Müller, „gegebenenfalls ist der Beschluss unwirksam.“

„Wenn man keine Angst hätte“, sagte Ralf Jäkel in Richtung der Verwaltung und der Rathauskooperation, „könnte man ganz in Ruhe den Antrag in einer Einwohnerversammlung verteidigen und dem Ausgang der Bürgerbefragung entgegengehen.“

In Ausschüsse überwiesen

Freie Fahrt für alle Kindergartenkinder

Nach dem Antrag der LINKEN sollen künftig schon im neuen Kindergartenjahr 2016/2017 alle Kinder bei Gruppenausflügen ihrer Kita kostenlos fahren dürfen. Jana Schulze begründete den Antrag, weil in den ältesten Kindergartengruppen eben auch Kinder sind, die bereits 6 Jahren alt sind, so dass ein Teil der Gruppe kostenlos fahren kann und die 6-Jährigen bereits Fahrscheine lösen müssen. „Die Vorschulgruppen sind altersbedingt sehr aktiv und öfter unterwegs, um die Kinder bestmöglich auf den Schulbesuch vorzubereiten“, sagte Jana Schulze. Über den Antrag soll im Hauptausschuss beraten werden.

Rechenzentrum

Das Rechenzentrum übergangsweise als Kreativzentrum zu nutzen, ist seit einem Jahr ein großer Erfolg, jüngst erst wieder am Tag der offenen Ateliers vielfältig vor Augen geführt. „Das Haus ist der Renner“, sagte Dr. Karin Schröter, „schon jetzt könnte man es kaum übers Herz bringen, vom Ende des Projektes zu sprechen.“ Daher begründete sie den Antrag der LINKEN, der den Oberbürgermeister beauftragt, alle erforderlichen Gespräche zu führen, „um einvernehmlich mit allen Beteiligten die rechtlichen Voraussetzungen für die

Betriebung des Rechenzentrums über die bestehende Befristung hinaus für die dort tätigen Kreativen zu erwirken“. Der Antrag wurde in den Kultur-, den Finanz-, den Bau- und den Hauptausschuss überwiesen.

Zeitplan Öffnung Park am Pfingstberg

Die Auseinandersetzung um die öffentliche Zugänglichkeit des Parks am Pfingstberg ist zu einem Kompromiss geführt worden, den die LINKE als zu großzügiges Entgegenkommen der Stadt abgelehnt hat. Umso mehr gebiete diese Einigung nun auch, das Areal so schnell wie möglich für die Öffentlichkeit erlebbar zu machen, führte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg aus. Die Verwaltung soll einen Zeitplan vorlegen für die schrittweise Öffnung.

Nachdem Andreas Goetzmann die Terminvorstellung von Scharfenberg Juli 2016 als aussichtslos bezeichnet hatte, schlug der Oberbürgermeister vor, den Antrag erst einmal im Hauptausschuss zu beraten.

Dach- und Fassadenbegrünung

Mit mehr Grün in der Innenstadt soll ein Antrag der LINKEN auch einen Beitrag zur Reduzierung der Feinstaubbelastung leisten. Matthias Lack begründete den Antrag, mit dem geprüft werden soll, wie die städtischen Liegenschaften schritt-

Dringlichkeitsantrag beschlossen

Den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE, unterstützt von SPD, CDU/ANW und Bündnis 90/Die Grünen, eine Übergangslösung für den Hort „Rasselbande“ zu schaffen, begründete Stefan Wollenberg. Dass Hortplätze dringend gebraucht werden, sei schon lange bekannt. Bis spätestens zum Schuljahresbeginn 2017/18 soll ein Übergangsgebäude in Modulbauweise mit einer Kapazität von 150 Plätzen am Schulstandort in der Friedrich-Wolf-Straße gebaut werden. Ansonsten bliebe hier nur eine 100 prozentige Doppelnutzung der Räumlichkeiten für Schule und Hort, führte Wollenberg aus. Der Antrag wurde beschlossen.

weise mit Dach- und Fassadenbegrünung ausgestattet werden können.

Der Antrag soll im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie im Hauptausschuss gründlich beraten werden. „Der Antrag hat Charme“, sagte Jakobs, doch wie sei er mit der Strategie preiswerter Wohnungen in Einklang zu bringen? Das solle besprochen werden.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr

13.; 20. und 27. Juni 2016; 04.; 11. und 18. Juli 2016

22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal

06. Juli 2016, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

10. Juli 2016, Beginn 10 Uhr

Bürgerhaus Am Schlaatz, Schilfhof 28

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 6/2015

Stadthaus, Raum 3.107

15. bis 20. Juli 2016 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

15. und 16. Juli 2016

Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06. Juli 2016

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender

21. Juni 2016, 17 Uhr

im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/6005069

Mail:

buer.scharfenberg@gmx.de

Der Robur-Bus soll kommen

Eine Babelsbergerin will sich kümmern und den blauen Robur-Bus des rbb an die geschlossene Abfahrt von der Nuthestraße holen – vielleicht kann man die Wiederöffnung der Verbindung der Schnellstraße zum Wohngebiet Zentrum Ost beschleunigen...

Beim Politfrühschoppen Rathausreport Live hatten trotz des sonnigen Sonntagmorgens zahlreiche Babelsberger den Weg ins Thalia-Café gefunden, denn bei vielen Bürgern wirft die Stadtpolitik nicht nur nach den Stadtverordnetenversammlungen zahlreiche Fragen auf. So waren neben dem Verlust der Abfahrt auch die Angst der Kleingärtner am Concordiaweg um den Verlust ihrer Gärten Thema. Im Rahmen eines Bebauungsplanes soll ihr Gartenweg zum Zweck der Gewinnung von



Parkplätzen verbreitert werden. Sie sehen die Gefahr, dass der Bestandschutz für Dauerkleingartenanlagen Schritt für Schritt aufgelöst wird. Sie vertrauen auf DIE LINKE, sie sei die einzige Partei, die sich kümmert.

Beschlossen

Sanierungskonzept Kastanienallee

Ralf Jäkel begründete den Antrag der LINKEN, mit der Vorbereitung der Sanierung der Kastanienallee zu beginnen. Den Antrag, dafür ein Konzept vorzulegen, änderte der Bauausschuss in die Formulierung, eine Variantenuntersuchung vorzubereiten, „die einen behutsamen Umgang mit den wertvollen Kastanienbäumen und mit dem Stadtbild prägenden wertvollen Natur-Großsteinpflaster sicherstellt“. Dazu sei „eine Planstudie auszuarbeiten und mit den Anwohnern und den Stadtverordneten zu beraten“. Der Antrag wurde beschlossen.

Radverkehrsführung am Landtag

Dem Antrag der LINKEN, die Radverkehrsführung am Landtag zu überprüfen, um das Konfliktpotenzial zu verringern und die Verkehrssicherheit von Radfahrern und Fußgängern zu erhöhen, ist vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zugestimmt worden. Die Stadtverordnetenversammlung soll im November 2016 über das Prüfergebnis informiert werden.

Zielvereinbarung Luftschiffhafen

Gemäß des Antrags der LINKEN wird die Zielvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt und der Luftschiffhafen GmbH zur weiteren Entwicklung des Sportareals „Am Luftschiffhafen“, die sich gerade in der Erarbeitung befindet, der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt. Bei der herausgehobenen Bedeutung des Areals für die Entwicklung Potsdams als Stadt des Sports sei eine Zustimmung der Stadtverordneten zu dieser Zielvereinbarung erforderlich, begründete Stefan Wollenberg. Der Antrag wurde ohne weitere Diskussion beschlossen.

Parkhausausfahrt Luisenplatz

Die Ausfahrt aus dem Parkhaus am Luisenplatz ist zwar ampelgesteuert, bringt aber im Zusammenspiel mit der 5 Meter entfernten Fußgängerampel immer wieder Konflikte. Matthias Lack erläuterte den Antrag der LINKEN, Möglichkeiten zu prüfen, um die Aufmerksamkeit der aus dem Parkhaus Kommenden an dieser Stelle zu erhöhen. Der Prüfauftrag wurde beschlossen.

Am 10. Juni 2016 um 10 Uhr wird anlässlich der 23. Brandenburgischen Seniorenwoche im Stern Center die Veranstaltung für und mit Potsdamer Senior_innen eröffnet. Die LINKS-Fraktion wünscht viel Erfolg!

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam